

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 18

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionsbüro
Montags vor dem Erscheinen. Die Zeitung
läßt durch die Post bezogen 1,- Mark für das
Bretteljahr Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

Köln, den 6. September 1930
Geschäftsstelle Deutscher Wall 9 / Fernruf West 57 249

Anzeigenpreis für die sechsgepaltenen Millimeterzeile
20 Pfennig. Stellenanzeige und Angebote kosten
die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Voraus-
bezahlung. Geldbewegungen Postkontos 3696 8318

27. Jahrg.

Wie wählt der Gewerkschaftler?

Diese Frage wird im gegenwärtigen Wahlkampf von der sozialistischen Partei- und Gewerkschaftspresse an die Mitglieder der sogenannten „freien“ Gewerkschaften gerichtet. Der „Bekleidungs-Arbeiter“, das Organ des Deutschen Bekleidungs-Arbeiter-Verbandes, stellt die Frage in seiner Nummer vom 23. August. Um seinen Mitgliedern das Denken zu ersparen, beantwortet er selbst vorweg die Frage. Er schreibt:

„Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter-schaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie ver-steht es sich von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.“

So ganz selbstverständlich scheint es nun doch auch nach Ansicht der sozialistischen Gewerkschaftspresse nicht zu sein, daß die Gewerkschaftler sozialistisch wählen. Wäre man sich in dem Lager darin so sicher, dann wäre es doch schließlich überflüssig gewesen, der Sozialdemokratischen Partei den Geld-schranckenschlüssel der Gewerkschaften auszuhandigen, damit diese mit Gewerkschafts-geldern Wahlpropaganda treiben kann. Der Allge-meine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Spitzenorgani-sation der „freien“ Gewerkschaften und der Ange-stellten- und Beamtenorganisationen gleicher Rich-tung hat bekanntlich der Sozialdemokratischen Partei eine Million RM. für ihren Wahlfonds über-wiesen. Wieviel Hunderttausende oder Millionen sonst noch von den „freien“ Gewerkschaften für den Wahl-fonds der Sozialdemokratischen Partei aufgebracht wurden, ist nicht an der Deffentlichkeit gelangt.

Wenn es selbstverständlich ist, daß die Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften Sozialdemokraten wählen, so muß man sich auch darüber wundern, daß die sozialistische Gewerkschaftspresse die Mitglieder der Gewerkschaften geradezu beschwört, die Sozialdemokratische Liste zu wählen. Die „Arbeit“ der Sozialdemokratie wird geradezu über das „Bohnenlied“ gelobt. Kein Matel ist an der Sozialdemokratie. Und mag ihre Politik in man-chen Dingen auch so tollpatschig gewesen sein, daß ein Blinder es mit dem Kruckfuß fühlen konnte, für die sozialistische Gewerkschaftspresse ist es „selbstverständ-lich“, daß der Gewerkschaftler Sozialdemokraten wählt.

Der „Bekleidungs-Arbeiter“ zählt 19 Punkte auf, die beweisen sollen, daß nur die Sozialdemokratie Anspruch darauf erheben darf, von Arbeitern gewählt zu werden. Wir werden uns gefallten, diese 19 Punkte nachfolgend etwas unter die Lupe zu nehmen und gleichzeitig noch einige Punkte anzuhängen, damit das zweite Dugend noch wird. Unsere Leser mögen dann selbst urteilen.

1. Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den Youngplan zum Abschluß geführt und mit Stresemann die Rheinlandbefreiung erreicht.

Jedes politische Kind weiß, daß es damit nicht fein Bewenden haben kann, daß der Youngplan zum Abschluß gebracht wurde. Durch den Youngplan wurde dem deutschen Volke eine jährliche Tribut-leistung von 2 Milliarden Mark auferlegt. Als es galt, diese gewaltige Last durch Steuern aufzubringen, schlug sich die Sozialdemokratie seitwärts in die Büsche. Das „Steuermachen“ überließ sie, da sie dabei keine Vorbeeren ernten konnte und Gefahr lief, an Popularität zu verlieren, den Parteien, die sie heute schmätzt und der Regierung Brüning.

2. Die Sozialdemokratie hat mit Severing der Lohnabbaupolitik des rhein-weiß. Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrum-minister Stegerwald wirkungslos macht.

Warum Severing? Zuständig war doch Wisseff. Kläglicher hat nie ein Arbeitsminister ver-lagt, als Wisseff, der, als die Arbeitgeber sich streubten, den verbindlich erklärten Schiedsspruch durch-zuführen, talentlos und hilflos zuckte. Die Staats-autorität erhielt dadurch einen heftigen Stoß. Und wenn Stegerwald den letzten Schiedsspruch für „Nord-weiß“ für verbindlich erklärte, dann doch nur aus dem Grunde, um einen tariflosen Zustand

zu verhüten, der den Arbeitern einen weiteren Lohnabbau von vielen Mil-lionen gekostet hätte.

3. Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wisseff den Abbau der Sozialpolitik verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Ver-schlechterung der Arbeitslosenversicherung gewehrt. Kein Etat der Regierung Müller-Wisseff hat für die Sozialversicherung Mittel in einem solchen Ausmaße bereitgestellt, als der Etat der Regierung Brüning. Trotz erheblicher Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wurde der Sozialetat um mehr als 200 Millionen Mark gegenüber 1929 er-höhrt. Weiß die Sozialdemokratie noch immer nicht, daß man aus einem Faß nicht mehr schöpfen kann, als hereinfließt? —

4. Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem puttschistischen Nationalsozialismus die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen ge-plant.

Das sozialistische-kommunistische Thü-ringen ist zum Wegbereiter des national-sozialisti-schen Thüringen geworden. Hat etwa der Nachfolger Severings, Dr. Wirth, anders gehandelt als Severing? — Mußte nicht er den Kampf mit dem thüringischen national-sozialistischen Minister Fried zu Ende führen? —

5. Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine geführt.

Die Regierung Brüning hätte ganz gewiß nicht eine Sonderbesteuerung der großen Handelsgeschäfte — worunter auch die Konsumvereine fallen — in ihr Programm mit aufnehmen müssen, wenn sie anstatt mit der Wirtschaftspartei mit der Sozialdemokratie Politik hätte machen können. Warum hat überdies die Sozialdemokratie als Regierungspartei im Jahre 1922 nicht bei der Erhöhung der Umsatzsteuer für den Antrag der „Unabhängigen“ auf Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer gestimmt?

6. Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Ent-würfen zur Verschlechterung der Arbeitslosenver-sicherung am schärfsten entgegengetreten.

Der Vorschlag „Brüning“ ist vom Reichskanzler Müller, Severing und Schmidt und einem Teil der Fraktion als annehmbar bezeichnet worden. Bericht des „Vorwärts“ vom 28. März 1930. — Bei wesent-lich besserer Wirtschaftslage brachte die Reform der Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 unter der Regierung Müller-Wisseff schon eine Kürzung der Gesamtunterstützung von mehr als 100 Mil-lionen.

7. Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeind-lichen Angriffe auf die Krankenversicherung ge-branntmarkt.

Der Entwurf war von Minister Wisseff vorgelegt. Der sozialistische Hauptverband der Krankenkassen verlangte sogar noch einschneidendere Maßnahmen. Jetzt, nachdem die Regierung Brüning die Forderungen durchführt, sollen diese arbeiter-feindlich sein. Bei Beurteilung der Reform der Krankenversicherung kann man nicht davon ausgehen, ob einem die eine oder andere Maßnahme der Re-gierung gefällt oder nicht gefällt. Es kommt bei der heutigen Lage der Wirtschaft und auch der Verände-rung darauf an, die Versicherung über die Krisenzeit hinweg zu retten.

8. Die Sozialdemokratie hat die Entrechtung der Kriegsinvaliden und Wöchnerinnen zurückgewiesen.

Was heißt Entrechtung? Kein Bezugsberechtigter bekommt einen Pfennig weniger. Gespart und beschützt werden mußte lediglich die Neuanmel-dung und Neufestlegung von Rentenbezügen. Es ist zugleich aber auch Vorzeige getroffen durch besondere Bestimmungen, daß unbillige Härten ver-mieden werden. Man kann Prinzipien auch zu Tode reiten, namentlich dann, wenn die Finanzen an allen Ecken nicht ausreichen.

9. Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale Ledigensteuer bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition jämliche Steuervorschläge bekämpft und so die Mittel für die Arbeitslosenversicherung

Eine Million Reichsmark

hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund — die Spitzenorganisation der „freien“ Gewerkschaften — dem Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei überwiesen. So berichtet die „Freie Gewerkschaft“ (Hamburg) in ihrer Nummer vom 13. August 1930. Sie fügt hinzu: „Die Gewerkschaften, auch die örtlichen, müssen das ihrige tun!“

Kolleginnen und Kollegen!
Schreit es allen Mitgliedern der „freien“ Gewerkschaften in die Ohren, daß ihre Beiträge zum Verband, die doch zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen dienen sollen, benutzt werden, um den

Wahlkampf der Sozialisten zu finanzieren!
Die „freien“ Gewerkschaften können nicht mehr leugnen, daß sie sich der Sozialdemokratie auf Gebeiß und Verberb verschrieben haben. Fragt die Mitglieder dieser Gewerkschaften, ob sie länger

den Bock zum Gärtner machen wollen.
Wer sich nicht zum Sozialismus be-trennt, gehört in eine christliche Ge-werkschaft!

Am 14. September ist Jahrtag!!

verweigert. Wenn alle Parteien so gehandelt hätten, wäre die Arbeitslosenversicherung längst erledigt. Die Ledigensteuer ist nicht unsozialer, als manche andere Steuer, welche die Sozialdemokratie als Regierungspartei mit beschlossen hat. Ist sie etwa unsozialer, wie die Hauszinssteuer, bei der Verheiratete doppelt und dreifach so hoch belastet werden als Ledige? —

10. Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition betrieben, sondern sie hat un-aufhörlich Mittel und Wege zur Gesundung der Reichsfinanzen aufgezeigt.

Welche Wege hat die Sozialdemokratie gezeigt? Warum hat sie diese Wege nicht beschritten? Sie beherrschte doch das Kabinett Müller und verfügte über ein Drittel der Mandate des Reichstages.

11. Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschla-gen, die auch den Besitz entsprechend seiner Trag-fähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie redet nicht davon, daß unter dem Kabinett Müller drei Zollerhöhungen durchgeführt, daß im Dezember 1929 220 Millionen Tabakzollerhöhungen beschlossen wurden und daß der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding Senkung der Vermögenssteuer, Senkung der Gesellschafts- und Wertpapiersteuer, Senkung der Börsenumsatzsteuer und Abbau der Industrie-belastung vorschlug.

12. Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und Reichszuschüsse zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot werden.

Die Regierung Müller hat der Arbeitslosen-versicherung Darlehen statt Zuschüsse gegeben. Die Sozialdemokratie hätte die Arbeitslosen zu Opfern der von ihr mitterschuldeten Finanznot werden lassen. Die Regierung Brüning war es, die mehrere 100 Millionen für die Arbeitslosenversicherung herbeischaffte. Diese Mittel wurden nicht nur als Darlehn gegeben.

13. Die Sozialdemokratie hat die Vereinhilf-lichung der Organisation der Krankenkassen vorge-schlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Warum hat die Sozialdemokratie Vereinhilflichung der Organisation der Krankenkassen nur vorge-schlagen? Warum hat sie ihre Vorschläge nicht durchgeführt? — Sie hatte doch lange Zeit den stärksten Einfluß im Kabinett und war die größte Partei des Reichstages!

14. Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der Pensionen der Großpensionäre beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten und im Reichs-tagsausschuß bereits durchgekehrt.

Die durch die Sozialdemokratie im trauten Kreise Hugenberg's, Hitlers und Thälmann's erzwungene Auflösung des Reichstages hat die Beratung des auch von bürgerlichen Parteien angenommenen Antrages

